

Mitteilungsblatt

AfD-Fraktion im Rat der LHH · Herrenstr. 7 · 30159 Hannover



03 / 2019

Schildbürgerstreich im Stadtbezirk Süd-stadt-Bult

Undurchdachter Antrag zu Fahrradstraßen – Große Mehrheit trotzdem dafür

Hannover (afd) – Auch im Stadtbezirksrat Südstadt-Bult schlägt regelmäßig die rot-grüne Ideologie die Vernunft, ohne Rücksicht auf Verluste. Jüngstes Beispiel: Ein Antrag von Rot-Grün zur „Bevorrechtigung für Radfahrer*innen auf Fahrradstraßen“.



Diese Fahrradstraßen sollen demnach künftig durchweg zu Vorfahrtstraßen werden - aber nur für die Radfahrer. Die Autofahrer müssen weiterhin „Rechts vor Links“ beachten. Das hält die AfD für verwirrend und damit unfallträchtig. Angenommen, ein von rechts kommender Autofahrer sieht auf der Fahrradstraße ein Auto und auf gleicher Höhe ein Fahrrad sich nähern, dann muss er Vorfahrt gewähren - dem Fahrrad. Der damit simultan begünstigte Autofahrer mag sich nun denken: „Prima, dann kann ich ja mal eben mit durchrutschen“.

Ein Schildbürgerstreich im wahrsten Sinne des Wortes: Der Schilderwald, ohnehin schon sehr üppig, wächst weiter. Alles im Namen der schon zur Ideologie gewordenen Maxime: „Das Fahrrad über alles“.



Um Missverständnissen vorzubeugen: Die AfD schätzt das Fahrrad als Teil eines vernünftigen 'Verkehrsmix' durchaus und will den Fahrradverkehr ebenfalls fördern - aber mit Sinn und Verstand. (afd/aup)



Komplizenschaft mit kriminellen Schlepperbanden

„Seerettungs“-Antrag nach erregter Debatte verabschiedet

Hannover (afd) – Die Stadt Hannover macht sich jetzt auch erklärtermaßen zur Komplizin krimineller Schlepperbanden: „Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer einzusetzen.“, heißt es in einer mit großer Mehrheit in der jüngsten Ratsversammlung verabschiedeten Resolution. Zugleich wolle die Stadt solchen Geretteten Obdach und Hilfe gewähren, wie „Geflüchteten“ überhaupt.

Die Position der AfD-Fraktion war von Anfang an klar: Jeder Mensch in Seenot muss gerettet werden, aber die „Seerettung“ spielt direkt den kriminellen Schlepperbanden in die Hände, wenn die Geretteten ans europäische Festland gebracht werden. Sie müssen zurück an die afrikanische Küste gebracht werden, ansonsten werde das Sterben im Mittelmeer nicht aufhören. Eine entscheidende

Rolle spielen dabei die von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) finanzierten Schiffe, die vor der afrikanischen Küste kreuzen und im großen Stil „Flüchtlinge aus Seenot retten“. Der Anreiz der Route, bleibt bestehen, wenn sie erfolgreich sein kann. Damit tragen die Ratsmitglieder, die für diesen Antrag gestimmt haben eine Mitschuld an jedem weiteren ertrunkenen „Flüchtling“ im Mittelmeer. „Die NGOs und ihre Schiffe produzieren Tote!“, sagte Hauptstein. (afd/aup)



Novellierung: passives Wahlrecht

Ahlem-Badenstedt-Davenstedt (afd) Zwei oder mehr Angehörige derselben Familie, die ein gegenseitiges Zeugnisverweigerungsrecht haben, sollten nicht zugleich auf einer politischen Wahlliste kandidieren. Das fordert AfD-Ratsherr Reinhard Hirche, der die AfD auch im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt vertritt. Ein aktuelles Beispiel hierfür liefert die SPD im Westen Hannovers, wo sich die Familie Klebe-Politze mit etlichen politischen Ämtern schmückt. (afd)





**„Ich bin Zigeuner,
ich lasse mir gar nichts sagen“**

**Containerdorf in Ahlem:
Probleme bleiben
Ein Polizist spricht Klartext**

Ahlem-Bandesstedt-Davenstedt (afd) Das Containerdorf gegenüber der alten Ahlemer Schule ist ein fortwährendes Ärgernis, und es besteht keine Aussicht darauf, dass sich daran etwas ändern wird. Bereits vor knapp einem Jahr hatten sich die Anwohner der von Roma bewohnten Containersiedlung über unhaltbare Zustände beklagt: Da stünden Autos am Straßenrand, aus denen Öl laufe, bei Regen bildeten sich regelrechte Öl-Seen, Felgen und Reifen lägen dort, Müll im Dorf und vor dem Zaun, und immer Einkaufswagen. Es sei „extra laute“ Musik zu hören, die „Rumänen“, so damals ein Bewohner, stiegen über seinen Zaun und machten ihn kaputt.

Noch mehr Klartext sprach nun ein anwesender Polizist in Uniform, ein Kontaktbereichsbeamter mit mehr als dreißigjähriger Dienstfahrt. Er zertrümmerte das ganze Gerede von Dialog und Integration und alle schönen Illusionen: „Das Letzte, was diese Leute wollen, ist, sich zu integrieren!“, erklärte er frank und frei. Es sei ihm schon offen erklärt worden: „Ich bin Zigeuner, ich lasse mir gar nichts sagen.“ Fazit des ehrlichen Polizisten: Hoffnung, es könnte zu einem friedlichen Zusammenleben kommen, gebe es nicht. Ratsherr Hirche findet noch deutlichere Worte: „Wer nicht bereit ist, sich zu integrieren, hat in unserem, Stadtbezirk nichts verloren.“ (afd/aup)

Hat die SPD ein Links-extremismus-Problem?

**SPD-Ratsfrau Iri und Jusos
Seite an Seite mit der Antifa**

Hannover (afd) – Nur unter massivem Polizeischutz konnte am Abend des 26.03.2019 eine Bürgerversammlung der AfD im Stadtteilzentrum KroKuS zum Thema „Sicherheit am Kronsberg“ stattfinden. Vor und in dem Gebäude hatten sich Jusos und „Aktivisten“ der Antifa postiert, die immer wieder gemeinsam „antifaschistische“ Parolen skandierten. Zum Glück war die Polizei vor Ort.

Unter den Zuhörern war auch die SPD-Ratsfrau **Hülya Iri**, die noch während der Beantwortung der von ihr gestellten Fragen den Raum verließ, um mit der linksextremistischen Antifa zusammen mit dem Megaphon in der Hand „Kein Volk, kein Staat, kein Patriarchat!“ zu skandieren.



Diesen Schulterchluss mit der linksextremistischen Antifa hält die AfD-Fraktionschef Sören Hauptstein für außerordentlich bedenklich: „Die Antifa ist für unzählige kriminelle Akte verantwortlich. Sie steht weitestgehend unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Bei den schweren Ausschreitungen im Rahmen des G-20-Gipfels in Hamburg war die Antifa an vorderster Front beteiligt. Die SPD muss sich daher fragen lassen, wie sie zum Linksextremismus steht, wenn ihre Jugendorganisation und sogar eine Ratsfrau aus ihren Reihen sich offen mit dieser linksextremistischen Organisation solidarisieren.“ (afd/aup)



**„Volkspädagogischer Overkill“
Blockparteienartige Einmütigkeit
im Stadtbezirksrat
Südstadt-Bult**

Südstadt-Bult (afd) – Die Gehwegbrücke über die Maschsee-Quelle soll im Juni auf den Namen „Brücke für Toleranz und Verständigung“ getauft werden. Selbstverständlich ist die AfD für Toleranz und Verständigung, so Hauptstein, nur er wolle nicht in einem Land leben, in dem die „Durchpolitisierung“, wie in der DDR, bis in den kleinsten Bereich betrieben werde. Und wie es mit der DDR geendet habe, wisse man ja.

In der Begründung des Antrags wird Bezug genommen auf das Drachenbootrennen, welches seit 2005 an der Maschsee-Quelle stattfindet. Dieses Projekt wurde als Reaktion auf die Mohammed-Karikaturen im Jahr 2005 ins Leben gerufen und soll ein Zeichen der friedlichen Verständigung und Freundschaft zwischen unterschiedlichen Religionen und Kulturen setzen.

Dumm nur, dass der Anstoß für dieses Projekt in den Folgen der Karikatur lag und nicht in der Karikatur selbst, was aber von den Initiatoren der Brückenbenennung in der Begründung („gegen ... Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz in Religionsangelegenheiten“) unredlich und verlogen ignoriert wurde. (afd/aup)

Impressum

AfD-Fraktion im Rat der LHH
Herrenstr. 7 · 30159 Hannover
info@afd-fraktion-hannover.de
www.afd-fraktion-hannover.de